

Isabelle BOURGEOIS

« Gilets jaunes » : Aufstand für mehr demokratische Teilhabe

Seit dem 17. November protestieren in Frankreich sog. „Gilets jaunes“, so die nach ihrem Erkennungszeichen – den gelben Warnwesten – genannte Bewegung. Eine Woche später marschierten sie auf den Champs Élysées in Paris auf. Über die Gewaltausschreitungen am Rande der Demonstration berichteten die Medien weltweit. Auch über Blockaden und Aufmärsche an anderen Orten in Frankreich. Am 1. Dezember, ebenfalls einem Samstag, marschierten die „Gilets jaunes“ wieder auf den Champs Élysées auf, über die Gewalteskalation im Laufe der ansonsten friedlichen Demonstration wurde ebenfalls ausgiebig berichtet; dieses Mal gingen die Krawalle auf das Konto durchtrainierter, quasi professioneller Chaos-Trupps. Die meist gewaltlosen Aktionen in anderen Regionen fanden in den Medien hingegen kaum Beachtung.

Brennende Barrikaden haben in Frankreich Tradition, genauso wie mehr oder minder spontane Protestaktionen und selbst mehr oder minder geplante Krawalle am Rande von Demonstrationen. Oft sind sie der Auftakt zu „Tarifverhandlungen“, die keinem mit dem deutschen vergleichbaren geordneten Ritual folgen, oder sie dienen dazu, die Aufmerksamkeit der Politik auf ein vor die Kameras getragenes Anliegen zu lenken.

Proteste gegen Sozialreformen oder wie jetzt hohe Spritpreise sind nichts Neues. In Erinnerung geblieben sind die 3wöchigen Streiks zum Jahresende 1995 gegen eine von Premierminister Alain Juppé geplante Rentenreform, die das ganze Land lahmlegten, oder der landesweite Aufstand im Jahr 2000 gegen die drastische Erhöhung der Benzin- und Dieselsteuer unter der Regierung von Lionel Jospin. Zuletzt demonstrierten 2013 in der Bretagne tagelang sog. „Rote Mützen“ („Bonnets rouges“) gegen die unter Präsident Hollande geplante Schaffung einer LKW-Maut. Alle diese geplanten Reformen wurden unter dem „Druck der Straße“ rückgängig gemacht. Auch jetzt hoffen die „Gilets jaunes“ auf zumindest ein Einlenken der Regierung Edouard Philippe bei der für Anfang Januar programmierten weiteren Anhöhung der Spritsteuer und träumen von einer Abkehr des „Plans zum ökologischen Übergang“ („Plan de transition écologique“), mit dem die drastisch erhöhte Abgabenlast seit einem Jahr gerechtfertigt wird.

Doch dieses Mal geht es um sehr viel mehr. Der als eine Zumutung empfundene Spritpreis war nur ein Auslöser für die Bewegung. Er verbindet als gemeinsames Identifikationsmerkmal diverse Einzelforderungen, die die „Gilets jaunes“ in ganz Frankreich auf die Straße treiben. Auch wenn viele Demonstranten nun den Rücktritt Macrons fordern ist diese Bewegung nur vordergründig gegen den Präsidenten und seine Politik gerichtet.

Die Wut der Bürger fokalisiert sich auf ihn genauso wie zuvor auf Nicolas Sarkozy oder Giscard d'Estaing, so will es nun einmal die „präsidientiale Monarchie“, wie das streng pyramidal strukturierte politische System Frankreichs oft genannt wird. Nur hat E. Macron im Vergleich zu seinen Vorgängern die Allmacht des Präsidenten in der von De Gaulle 1958 gegründeten 5. Republik auf einen bisher nicht gekannten Höhepunkt getrieben. Schon im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2017 hatte er seinen zukünftigen Führungsstil wie folgt dargestellt: Er werde ein „Jupiterhafter“ Staatschef sein („président jupitérien“). Und wie seinen Vorgängern haftet ihm das Image eines selbstgerechten, abgehobenen Modernisierers an. E. Macron versinnbildlicht das Machtmonopol einer technokratischen und sozial privilegierten Pariser Elite und ist somit Projektionsfläche zugleich für die Zukunftsängste der nicht-städtischen Bevölkerung, die sich abgehängt fühlt, und ihre Wut gegen eine ihnen von oben

aufoktroierte Gesellschaftsveränderung, in der sie sich nicht wiedererkennen, und die auch noch unmittelbar auf ihrem verfügbaren Einkommen lastet.

Ein Staudamm bricht

Die Protestbewegung der „Gilets jaunes“ liest sich wie der Bruch eines Staudamms. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich zahlreiche nie gelöste Konflikte angestaut, die Gesellschaft hat sich zunehmend in zwei Lager aufgespalten, und viele Bürger der unteren und mittleren Mittelschicht fühlen sich heute nicht mehr nur nicht wahrgenommen, sondern vielmehr noch von der politischen Elite regelrecht verachtet. Entsprechend vielfältig sind auch die Forderungen der Gelbwesten. Viele scheinen auf den ersten Blick sogar widersprüchlich wie der Ruf nach weniger Steuern und gleichzeitig nach mehr öffentlicher Daseinsvorsorge – dies ist in Wahrheit kein Widerspruch, denn gemeint ist: „Wir zahlen horrende Steuern und möchten gern wissen, wofür, denn in unserem unmittelbaren Lebensfeld kommt davon nichts an“. Der stetige Aufstieg der links- und rechtspopulistischen Parteien war nur ein Ausdruck für diesen Unmut. Als Hoffnungsträger haben sie bisher weitgehend versagt, nun versucht das Volk, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und nutzt dazu die Medienöffentlichkeit.

Die wichtigsten Konfliktlinien, die heute zu Tage treten, sind sozialer, geographischer, kultureller und politischer Natur. Über sie ist viel geschrieben worden, nur wurden sie bisher meistens isoliert betrachtet, sodass ihre zwar komplexen doch eindeutigen Zusammenhänge bisher kaum Aufmerksamkeit finden konnten. Auch das streng segmentierte statistische Material erschwert eine umfassende Analyse. Makroökonomische Daten zur Struktur der Gesellschaft, sortiert nach Bildungsniveau, Altersgruppen oder Einkommen, liefert das französische statistische Amt Insee zur Genüge. Auch zum jeweiligen Anteil der städtischen oder suburbanen Bevölkerung. Andere Einrichtungen, wie z.B. das Observatoire des inégalités widmen sich der sozialen Ungleichheit, wieder andere Stellen der Aufschlüsselung der Lebenshaltungskosten oder zur Haushaltsausstattung, Kfz inklusive usw. Diese Datensätze bleiben leider Parallelwelten, und solche Fragen wie: „Wer lebt wo und wie?“ bleiben unbeantwortet. Doch gerade solch ein Überblick wäre notwendiger denn je, um das aktuelle Geschehen einzuschätzen. Hier ein Versuch.

Stadt-Land Gefälle?

Ein Frankreich der zwei Geschwindigkeiten

Die Bewegung der „Gilets jaunes“ fördert eine tiefe Kluft zu Tage, die bisher nur wenigen Geographen (und Soziologen) bewußt war, nämlich die zwischen florierenden Metropolen (vor allem Paris nebst Speckgürtel), in denen die kosmopolitische, ökoliberale obere Mittelschicht lebt, die mehrheitlich Macron gewählt hat, und den darunter liegenden Kategorien der Mittelschicht (knapp zwei Drittel der Bewohner), die an der Peripherie, in mittleren und Kleinstäten oder im ländlichen Raum leben und für die Fragen wie verfügbares Einkommen und Arbeit oberste Priorität haben.

Diese Kluft ist nicht neu, sie kennzeichnete schon das Frankreich der unmittelbaren Nachkriegszeit. 1947 veröffentlichte der Geograph Jean-François Gravier ein noch heute viel zitiertes Werk: „Paris et le désert français“ („Paris und die französische Wüste“). Seine Bestandsaufnahme war niederschmetternd: Im zentralisierten Frankreich zieht die Hauptstadt Paris alle Macht und allen Reichtum an sich, während das Land drum herum immer mehr verfällt. Stichworte: Landflucht, Schwund der Wirtschaftskraft wie des kulturellen Kapitals. Er plädierte für eine radikale Dezentralisierung. Doch von seinen Analysen und Vorschlägen blieb wenig übrig, allein der Titel seines Buches ist zum geflügelten Wort geworden. Der Zentralismus als Staatsform darf nicht in Frage gestellt werden. Sämtliche Dezentralisierungs-Ansätze, die es seitdem gab, haben den Zentralismus nicht nur gestärkt, sondern die öffentliche, zentral gesteuerte, Verwaltung immer weiter zu einem regelrechten

Verwaltungsdschungel aufgebläht, in dem sich immer zahlreicher werdende Ebenen übereinander stülpen („Millefeuille administratif“, so die französische Bezeichnung dafür) – eine der Hauptursachen übrigens für die hohe Staatsausgabenquote (etwa 55% des BIP).

Fast siebzig Jahre später nimmt sich ein anderer Geograph dieser Problematik an: Christophe Guilluy. In „Fractures françaises“ (2010), „La France périphérique“ (2014) oder „Le crépuscule de la France d’en haut“ (2016) fokussiert er sich mehr auf die soziale Komponente eines Frankreichs der zwei Geschwindigkeiten und kommt zu dem Schluss, dass im „periphären Frankreich“, also außerhalb von Paris und den wenigen Großstädten, ein neues Klassenbewusstsein entsteht: das des „einfachen Volkes“ („classes populaires“), das außerhalb des Geschehens lebt und sich demnach zugleich als Verlierer der Globalisierung sieht. Auch seine Analyse wurde lange Zeit kaum beachtet, denn die öffentliche Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf die sozialen Brennpunkte an der Peripherie der Ballungsräume, allen voran Paris („banlieue“), und die der Statistiker auf eine Neudefinition des Begriffs „Metropole“, der nun selbst Kleinstädte erfasst und Frankreich als dicht besiedeltes und stark vernetztes Land erscheinen lässt. Das eigentliche „Hinterland“ wurde (bisher) nicht wahrgenommen. Guilluys Analysen wurde lange von Entscheidungsträgern wie Medien als die eines linken Globalisierungsgegners abgetan.¹ Das ändert jedoch nichts an der Fundiertheit der Daten und Fakten, die er gesammelt hat.

Was ist eigentlich die „France périphérique“? Ein Blick auf zwei Karten genügt, um sich einen ersten Einblick zu verschaffen: einmal das Autobahnnetz² und dann die Trassen des Hochgeschwindigkeitszuges TGV³. Deutlich zu sehen ist, dass sich beide Netze auf Paris und wenige Großstädte konzentrieren. Moderne und schnelle Kommunikationswege sind allein Großstadtbewohnern zugänglich, und alle Wege führen nach Paris. Verbindungen quer durch das Land (ohne Umweg über Paris) sind kaum vorhanden. Das Netz der Fern- oder Regionalzüge schrumpfte auf ein Minimalmaß, je weiter das des TGV ausgebaut wurde. Für Mobilität abseits der großen Infrastrukturtrassen sorgen fast allein Landstraßen. Die Konsequenz: Verkehrsknotenpunkte, wo sich wie in Deutschland Unternehmen ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen könnten, Cluster, die sich so miteinander vernetzen könnten, gibt es nur noch sehr wenige. Dieses strukturschwache, stark desindustrialisierte Frankreich „am Rande“ der Hauptstadt und einiger Metropolen nennt man „periphär“. Nicht zu verwechseln mit dem auch in Deutschland zu beobachtenden Stadt-Land-Gefälle, denn in Frankreich handelt es sich dabei um ein wesentliches Strukturmerkmal, nicht um nur wenige vereinzelte Gebiete.

Im „periphären“ Frankreich leben fast ausschließlich ländliche Bevölkerung (30% der Gesamtbevölkerung) sowie Pendler und abgewanderte Städter (insgesamt 24%). Dabei beachten muss man einen weiteren Unterschied: In Frankreich gibt es dreimal mehr Kommunen als in Deutschland (über 35 000), aber nur 6 mit über 300 000 Einwohnern, darunter Paris mit 2,2 Millionen, gefolgt von Marseille (über 800 000) und Lyon (knapp 500 000)⁴. Etwa 90 % der Bevölkerung lebt in Dörfern und Kleinstädten (weniger als 20 000 Einwohner); viele davon liegen in unmittelbarer Nähe größerer Städte. Das ausschlaggebende Kriterium für das „periphäre“ Frankreich ist, dass es im „Abseits“ liegt, d.h. weitab von den modernen Verkehrsinfrastrukturen (oder auch Kommunikationsinfrastrukturen) und entsprechend weitab von dynamischen Industrie und Gewerbebezonen, bzw. einfach nur Gesundheitsversorgung.

¹ Der Untertitel von « La France périphérique » lautet « Comment on a sacrifié les classes populaires », sinngemäß : « Wie das einfache Volk [der Globalisierung ; IB] geopfert wurde ».

² <https://www.ouest-france.fr/economie/transports/autoroute/autoroutes-le-prix-des-peages-va-augmenter-4500085>

³ https://be.oui.sncf/fr/sites/default/files/files/multi-contents-page/img/2017_11_28/carte-grande_fr.jpg

⁴ https://www.collectivites-locales.gouv.fr/files/files/statistiques/brochures/chapitre_2_-_les_collectivites_locales_et_leur_population_1.pdf

Eine „Zweiklassen“-Gesellschaft

Mit diesem geographischen Merkmal verbindet sich auch ein soziales oder gar soziokulturelles. Dort ist die Arbeitslosigkeit höher als in den Städten, und die beruflichen Entwicklungsperspektiven vor Ort sind begrenzter. Genauso wie in den deutschen neuen Bundesländern fehlt es an höher bis hochqualifizierten Arbeitsplätzen, besonders im Dienstleistungsbereich, denn diese konzentrieren sich in den städtischen Ballungsräumen. Entsprechend sind auch die Einkommen niedriger. Genauere Daten zur regionalen Struktur der verfügbaren Einkommen sind leider kaum zugänglich. Begnügen wir uns also mit allgemeineren, etwa zum monatlichen Nettoeinkommen, die man mit der Struktur des Arbeitsplatzangebots kreuzen darf: bei knapp 31 % der Haushalte liegt es z.B. bei mehr als 3 000€, bei 28 % zwischen 1 300 und 2 100, sowie bei knapp 15 % über 1 300€. Der Anteil der Zwangsabgaben und Fixkosten („dépenses contraintes“) liegt in den unteren Kategorien höher (bei 68,6 % unterhalb von 1 300 €; bei 56 % oberhalb von 3 000 €, wie die Tageszeitung La Croix aus einer Studie der Bank Paribas zitiert – siehe Grafik 2 in dem Artikel).⁵

Aus derselben Studie geht somit auch hervor, wer die „Gilets jaunes“ sind: Kern der Bewegung bildet die Einkommensgruppe von 1 300 bis 2 100 €, also die untere Mittelschicht. Sie empfindet sich nicht als arm, muss aber zusehen, dass sie über die Runden kommt. Sie treffen die jüngsten Abgabenerhöhungen besonders hart, insbesondere die steigende Dieselsteuer. Sie sieht zwar, wie die Einkommensgruppe darunter durch eine Reihe von Transfers (jüngste Maßnahme: Erstattung eines Teils der Spritkosten) entlastet wird, verlangt aber keine Vergünstigungen – im Gegenteil: sie will von ihrem Arbeitseinkommen leben können.

Auch viele Rentner gehören zu den Protestlern, denn diese Bevölkerungsgruppe trägt nun weitgehend allein die Last einer der Sozialreformen Macrons, nämlich die Abschaffung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung für alle Lohnempfänger; sie wurde durch eine Erhöhung der „Contribution sociale généralisée“ (CSG: „allgemeiner Sozialbeitrag“, eine Steuer) ausgeglichen, die auf den Renten lastet. Die Rentner sehen ihr verfügbares Einkommen um etwa 9 % schwinden. Und sie sehen auch die ungewollten bzw. ungesehenen sozialen Auswirkungen dieser Reform, die zu Lasten ihres Sparvermögens geht. Die beiden Hauptgründe für Sparrücklagen sind in Frankreich nämlich etwas anders als in Deutschland. Sie ersetzen eine Pflegeversicherung, die es nicht gibt, und sie bilden einen ungeschriebenen Generationenvertrag, der nun zu platzen droht und die Jugendarbeitslosigkeit bzw. -armut steil ansteigen lassen könnte. Denn Eltern und Großeltern helfen ihren Kindern und Enkeln über die Runden, so lange diese nicht fest ins Berufsleben eingestiegen sind, was im Schnitt erst im 30. Lebensjahr geschieht.

Kurzum, die mit dem vordergründigen Ziel des „ökologischen Übergangs“ betriebene Steuererhöhungspolitik Macrons beginnt, den unteren Rand der Mittelschicht an die Armutsgefährdungsgrenze anzunähern. Diese Feststellung (und das in der Vorweihnachtszeit!) schürt erheblich die ohnehin in der Mittelschicht vorhandenen Abstiegsängste, die auch durch die regelmäßige Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns⁶ sowie zunehmende Entlastungsmaßnahmen für die untersten Einkommen genährt werden. Auch wenn der Lebensstandard zwischen 1996 und 2014 global gestiegen ist, die Einkommen der Mittelschicht wie der einkommensschwachen Haushalte nähern sich am unteren Rand einander an (siehe Grafik auf Seite 11 in der Pressemeldung zum Erscheinen des Jahresberichts „France, portrait social“).⁷ Die Schere zu der obersten Einkommensgruppe bleibt weit geöffnet und dürfte sich sogar seit der von E. Macron beschlossenen Abschaffung der „Reichensteuer“ („Impôt sur la fortune“, ISF) weiter geöffnet haben.

⁵ <https://www.la-croix.com/Economie/France/Pouvoir-dachat-perdants-gagnants-2018-11-20-1200984369>

⁶ Er betrifft knapp 11 % der Beschäftigten. Der gesetzliche Mindestlohn (SMIC) liegt seit Oktober 2018 bei 1 184€ netto monatlich (7,83€ pro Stunde).

⁷ https://www.insee.fr/fr/statistiques/fichier/3280892/Dossier_presse_FPS.pdf

Mit anderen Worten: Die erwerbstätige Mittelschicht (Deutsch: „Leistungsträger“) fühlt sich heute einem konkreten und unmittelbaren Verarmungs-Risiko ausgesetzt und sieht sich an den Rand einer neuen „Proletarisierung“ getrieben.

Die „France périphérique“ ist aufs Auto (Diesel) angewiesen

Verbindet man diese mittleren und unteren Einkommen mit ihrer regionalen Verteilung, wird auch deutlich, warum es die „France périphérique“ ist, die gegen die Dieselsteuer demonstriert. Die Menschen dort, darunter viele Frauen, sind auf ihr Auto angewiesen, weil es außerhalb der Innenstädte kaum oder keine öffentlichen Verkehrsmittel gibt. Und sie besitzen mehrheitlich einen Diesel, weil die Kosten-Nutzen-Rechnung bisher stimmte. Der etwas höhere Anschaffungspreis konnte durch den billigeren Kraftstoff und eine höhere gefahrene Kilometerzahl kompensiert werden. Das galt zumindest bis 2014, als unter François Hollande beschlossen wurde, Dieselfahrzeuge nicht mehr indirekt zu fördern, und stattdessen E-Mobilität zu forcieren. Zwei Drittel der Franzosen fahren heute einen Diesel, davon ist die Hälfte älter als 11 Jahre, ein knappes Drittel zwischen 8 und 10 Jahren alt. Die Mehrheit der Halter lebt in der „France périphérique“; die jüngsten und schadstoffärmsten Autos fahren die Städter.

Nun wurde den „Gilets jaunes“ von der Regierung kürzlich eine Art „Abwrackprämie“ angeboten, um ihren alten Dieselwagen gegen einen jüngeren Gebrauchtwagen oder gar ein Elektro-Auto umzutauschen. Nur richtet sich diese Prämie (immerhin bis zu 4 000 €) allein an die unterste Einkommensschicht. Aber auch für die etwas besser Verdienenden geht die Rechnung nicht auf, denn woher sollen sie die anderen Tausender nehmen? Und ein Elektro-Auto im ländlichen Raum, wo notwendigerweise mehr Kilometer gefahren werden als in der Innenstadt? Sie empfinden diese Prämie als autoritäre, von oben bestimmte, „Volkserziehungsmaßnahme“ – kurz als Verhöhnung.

Die drastische Erhöhung der Spritsteuern in mehreren Stufen (die nächste Erhöhung ist für Anfang Januar geplant) – war nur das letzte, aber zündende Fünkchen einer ganzen Reihe, die als Miß- wenn nicht gar Verachtung des Volkes durch die Machtelite empfunden wurde. Darunter etwa das Zurückziehen der Baupläne für einen größeren Flughafen im Norden der Stadt Nantes entgegen dem ausdrücklichen Willen der befragten Bevölkerung (Volksentscheid) und mit dem Argument, ein regionaler Flughafen sei nicht notwendig, da es ja Züge zum Pariser Großflughafen Charles-de-Gaulle gebe. Oder im Sommer die einheitliche Begrenzung der Geschwindigkeit auf 80 Km/h auf allen zweispurigen Landstraßen, was als ein Affront empfunden wurde, da diese Maßnahme entgegen den ausdrücklichen Stellungnahmen von Autofahrern, Bevölkerung und Abgeordneten unter Bemühung des Vorsorgeprinzips einseitig „von oben“ verordnet wurde. Und schließlich generell die wenig verständliche weil nicht erklärte Abgaben- und Steuerpolitik der Regierung, die zwar versprochen hatte, die „Kaufkraft zu stärken“ (Wahlversprechen), nach anderthalb Jahren aber genau das Gegenteil bewirkt.

So äußert sich diese tiefe Kluft in den Lebensverhältnissen heute quasi in Form eines „Klassenkampfes“, der jedoch keiner Ideologie folgt. Es stehen sich gegenüber auf der einen Seite Menschen aus der „Periphärie“, die mit ihrem Leben und ihrer Arbeit im Großen und Ganzen zufrieden sind, obwohl sie „knapp bei Kasse“ sind und genau rechnen müssen, um mit ihrem Einkommen bis zum Monatsende zu kommen. Auf der anderen Seite Städter, Gewinner der Globalisierung, die mit Gesundheits- und anderen Dienstleistungen gut versorgt sind, über funktionstüchtige öffentliche Verkehrsmittel verfügen, und deren größte Sorge die Erderwärmung ist. Zwei Welten, miteinander kaum vereinbar. Das ist es, worauf sich E. Macron in seiner Rede vom 27. 11. zur ökologischen Umwandlung bezog, als er meinte⁸, er wolle in Zukunft „Weltuntergang“ („fin du monde“) und

⁸ <https://www.bfmtv.com/mediaplayer/video/gilets-jaunes-discours-d-emmanuel-macron-1120637.html>

„Monatsende“ („fin de mois“) besser miteinander in Einklang bringen. Doch mit diesem unglücklichen Slogan heizte er ungewollt die Stimmung weiter gegen seine Politik auf. Vor ihm hatte es sein vor ein paar Wochen ausgeschiedener Umweltminister und zur Medienprominenz gehörender Nicolas Hulot in einer Fernsehsendung⁹ ähnlich formuliert.

„En région“ versus „Paris“

Auffallend an der Bewegung der „Gilets jaunes“ ist, dass die Demonstranten die Nationalhymne singen und die Trikolore schwenken. Das ist jedoch kein Ausdruck von nationalistischen Bestrebungen. Sondern ein Erkennungszeichen und viel mehr noch eine Forderung: „Ihr da oben in Paris, hört die Signale, das Volk sind wir! Wir wollen nicht mehr, dass ihr Entscheidungen trefft, ohne uns zu fragen!“.

Die Bewegung ist ein Aufbegehren gegen „Paris“. Dieser Name ist im Französischen vielfältig konnotiert. Er steht einmal für Machtmonopol, Konzentration der Eliten, und Abschottung vom Rest des Landes (außerhalb der TGV-Trassen und wenigen Autobahnen). Dieser „Rest des Landes“, der einmal als „Provinz“ („province“) bezeichnet wurde, obwohl dort drei Viertel der Bevölkerung lebten, wird seit einigen Jahren politisch überkorrekt „en région“ genannt: „in der(den) Region(en)“. „Region“ bedeutet in diesem Fall nicht Verwaltungseinheit, sondern meint „abseits“.

Dieses „Abseits“ ist hierarchisch gegliedert. Oben steht Paris innerhalb seiner Stadtmauern bzw. des Stadtrings „le périphérique“, dann kommt die „Banlieue“ (erst der Speckgürtel, dann die Trabantenstädte, weiter ab ländlichere Gemeinden; in diesem suburbanen Gebiet lebt heute ein Achtel der französischen Bevölkerung) und schließlich „en région“.

Die Unkenntnis des abgeschiedenen Teils Frankreichs, die man bei der politischen Elite nicht nur seit heute beobachten kann, folgt genau dieser Trennung in einerseits die Hauptstadt als Inbegriff für „Nation“ (Zentralismus) sowie Mittelpunkt des Geschehens, und andererseits das „No-Mans-Land“ außerhalb. Diese Unkenntnis teilen sich mit der französischen Elite auch die französischen Medien sowie ihre Kollegen aus dem Ausland. Alle ihre Studios sind in Paris angesiedelt, und über die Stadtgrenzen hinaus fahren sie selten (außer evtl. in die Provence, aber die ist ja auch das Ferienziel der Pariser Elite). Auch die Medien sind in Frankreich zentralisiert¹⁰, sie gehören zum Machtbiotop¹¹ und bestimmen den für ganz Frankreich geltenden Mainstream mit.

Mit „Paris“ verbunden ist seit jeher auch sozialer Aufstieg. Um „etwas zu werden“, muss ein Franzose nach Paris „rauf“ („monter à Paris“), ob zum Studieren, zum Absolvieren einer der Eliteeinrichtungen oder um eine angesehene und gut bezahlte Arbeit zu finden. Konkret: Volksschulbesuch im Dorf, weiterführende in der nächstgelegenen Kleinstadt, Gymnasium in einer größeren, Studium in Paris. Selbst im Lebenslauf eines E. Macron kann man diesen Weg ablesen, auch wenn er ursprünglich aus dem bürgerlichen Milieu einer mittleren Stadt stammt.

Berufsbildung bleibt zweitrangig. Zum ersten gilt sie als Auffangbecken für schlechte Schüler, und zum zweiten führt sie mehrheitlich zu Handwerksberufen wie Bäcker oder Maler. In diesem Fall beschränkt sich sozialer Aufstieg auf das lokale oder regionale Umfeld. Zwar gibt es seit einigen Jahren auch an Universitäten „Berufsbildungs“-Wege für den tertiären Bereich, doch sind sie keineswegs mit dem vergleichbar, was in Deutschland Usus ist. Sie bleiben hierarchisch den für die Masse bestimmten allgemeinbildenden Hochschul-Kurrikula weitgehend untergeordnet, die entsprechend nicht das Ansehen der Elite-Einrichtungen haben.

⁹ <http://www.lefigaro.fr/politique/2018/11/22/01002-20181122LIVWWW00299-en-direct-nicolas-hulot-emission-politique.php>

¹⁰ Siehe hier auf Tandem-Europe : I. Bourgeois, „Deutschland – Frankreich: Mediensysteme im Vergleich; https://cdn.website-editor.net/af888e8b7041470a97a6443f35fc4198/files/uploaded/IB_D-F%2520Mediensysteme%2520im%2520Vergleich.pdf

¹¹ Siehe zum Beispiel : Philippe Reinhard, « Presse et pouvoir. Un divorce impossible“, 2011; oder: Le Nouvel Observateur (ed), „La Mediaklatura“, Le Nouvel Observateur, 1988

In Paris angekommen muss ein Franzose seine regionalen Wurzeln kappen, wenn er aufsteigen will. Das fängt damit an, dass er als erstes seinen „Akzent“ verlieren muss (nur ein Hauch südfranzösischen Einschlags ist erlaubt). Die Elite oder wer dazu gehören will spricht „Hoch-Französisch“ und entfernt sich allein dadurch schon vom „normalen“ Bürger in seiner originären Heimat. Diese eherne Regel gilt für alle, selbst für Abgeordnete.

Besonders ausgeprägt ist diese Unterscheidung zwischen Volk und Elite bei den Abgängern der Ecole Nationale d'Administration (ENA), aus der sich die politische Elite fast ausschließlich¹² rekrutiert: Sie spricht die hölzerne Sprache („langue de bois“¹³) der Technokratie. Auch ihr Kaderwelsch hebt sie vom Volk ab. Das ist einer der Gründe, weshalb die Worte der Politiker (außer die der Populisten, deren Sprech sich nicht von Ungefähr vom dem der Regierungspolitiker unterscheidet) in der Bevölkerung nicht mehr ankommen.

Anders als die deutsche Elite in Politik, Wirtschaft oder Medien reproduziert sich die französische weitgehend selbst. Drei Viertel der an der ENA-Studierenden stammen aus der gehobenen Mittelschicht, wenn nicht gar einer ihrer Eltern selbst auf der ENA war.¹⁴ Auch die Abgeordneten der Assemblée nationale bilden keineswegs den Bevölkerungsdurchschnitt ab. Die Mehrheit von ihnen hat eine ähnliche Abstammung; und fast alle darunter haben einen Beamtenstatus. Unter den derzeitigen Abgeordneten fehlt die „einfache Bevölkerung“ sogar gänzlich, die Oberschicht ist überrepräsentiert¹⁵. Auch diese Endogamie hält die Elite vom Volk fern. Zwar hat theoretisch jeder Franzose die Möglichkeit, in diesem engen Kreis aufgenommen zu werden, aber dazu gehört eine gehörige Portion „Vitamin B“ und, noch wichtiger, eine intime Kenntnis der entsprechenden sozialen Codes. Dies ist nur denjenigen gegeben, deren Eltern selbst zur Gruppe der Insider gehören. Diese Prozesse der Selbstreproduktion und deren Voraussetzungen in Frankreich hatte Michel Bourdieu in „Die feinen Unterschiede“ („La distinction“, 1979) meisterhaft studiert.

Verschärft wird die Kluft zwischen Elite und Volk noch durch die extreme Gentrifizierung der Stadt Paris und ihrer unmittelbaren Umgebung. Dieser Trend betrifft zwar auch die anderen Großstädte, aber bei weitem nicht so stark. Auch Suburbanisierung und Zersiedelung des ländlichen Raums lassen die „France périphérique“ wachsen. Suburbanisierung, vor allem wenn sie nicht dem Wunsch der Menschen nach einem besseren Lebensumfeld entspricht, bedeutet jedoch sozialen Abstieg – gerade für die untere Mittelschicht. Denn sie lebt nun in einer Gegend, in der weniger oder kaum noch öffentliche Verkehrsmittel vorhanden und das kulturelle Angebot oder die Gesundheitsversorgung auf ein Minimalmaß geschrumpft sind. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn die meisten Blockaden der „Gilets jaunes“ außerhalb der Innenstadt stattfinden, und zwar an einem Kreisel¹⁶, Verkehrsknotenpunkt wie Zufahrt zum Einkaufszentrum auf grüner Wiese.

Basisdemokratie im digitalen Zeitalter?

So ist die Bewegung der „Gilets jaunes“ auch der Ausdruck eines lange angestauten Unmuts gegenüber einem politischen System, in dem der Citoyen kein Mitspracherecht hat, sieht man von dem Urnengang bei Präsidentschafts-, Parlaments- oder Kommunalwahlen ab. Seine legitimen Interessen repräsentiert kein Verband, solch eine Form der Organisation gesellschaftlich relevanter Gruppen ist im zentralistischen Frankreich unbekannt. Zwar gibt es Gewerkschaften, wenn auch mit geringem Organisationsgrad und hauptsächlich im öffentlichen Dienst, aber sie verteidigen weniger die

¹² Siehe etwa : Michel Schiffres, „L'Enaklatura“, 1987

¹³ Siehe I. Bourgeois, « Schwerpunkt : 'Langue de bois' und Populismus », OPUS Kulturmagazin, juillet 2017

¹⁴ Siehe hierzu: <http://www.cevipof.com/rtefiles/File/ELECTIONS%20EUROPEENNES/noteRoubansept15.pdf>

¹⁵ Siehe hierzu: https://www.inegalites.fr/L-Assemblee-nationale-ne-compte-quasiment-plus-de-representants-des-milieus?id_theme=18 und https://www.inegalites.fr/L-origine-sociale-des-elus-ne-reflete-pas-la-societe-meme-au-niveau-local?id_groupe=14&id_mot=123&id_rubrique=118

¹⁶ <https://www.ifop.com/publication/les-gilets-jaunes-revelateur-fluorescent-des-fractures-francaises/>

Interessen der Arbeitnehmer als dass sie eigene ideologische Ziele verfolgen, sodass man sie als politische „Mini-Parteien“ bezeichnen kann. Entsprechend fehlt auch jedes Dialog–Forum zwischen Regierung und Bürgern – zumindest auf nationaler und regionaler Ebene. Allein die vielen kleinen Kommunen bieten solch eine Möglichkeit. Doch auch deren Bürgermeister haben auf der nächsthöheren Ebene kein Mitspracherecht, was einige kürzlich dazu geführt hat, ihre Teilnahme an einem Dîner im Elysee-Palast abzusagen.

Im zentralstaatlichen Gefüge Frankreichs fehlen das Subsidiaritätsprinzip und seine institutionellen Ausgestaltungsformen gänzlich. Die Gebietskörperschaften – von der Kommune bis zur „Région“ – haben nur geringfügige Verwaltungsaufgaben, meist allein Ausführungskompetenzen. Die Verwaltungseinrichtungen „Départements“ sind Außenstellen des Premierministers, die „Préfets“ haben zwangsläufig alle die ENA absolviert. Es gibt in Frankreich keine vergleichbare Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Verwaltung, wie sie den deutschen Föderalismus prägt. Weder politisch noch gesellschaftlich sieht das zentralistische französische politische System eine Repräsentation der Interessen der Basis – des Volkes – vor, in welcher Form auch immer. Ein Dialog zwischen „oben“ und „unten“ ist daher nicht möglich. Die Macht ist beschlagnahmt, ob es sich um Politik, Wirtschaft, Innovation oder einfach Initiative handelt.

Das Fehlen von Zwischengewalten („pouvoirs intermédiaires“), über die gesamtgesellschaftliche Belange debattiert werden könnten, de-legitimiert in den Augen der Bürger die Institutionen sowie die Politik an sich. Auf gesellschaftlicher Ebene bedeutet das, im Gegensatz zu Deutschland: Keine Kirche, keine Gewerkschaft, kein Verband kann sich der Interessen der in Deutschland als „gesellschaftlich relevante Kräfte“ bezeichneten Citoyens annehmen. Die französische System ist noch das eines „ancien Régime“. Die französische Demokratie weist einen dringenden Modernisierungsbedarf auf. Auch das zeigen die Proteste.

Bezeichnend für die Bewegung der „Gilets jaunes“ ist entsprechend, dass sie an keine Partei gebunden, ja im Gegenteil parteiübergreifend¹⁷ ist – mit einer Ausnahme: Anhänger von „En Marche“ bilden eine kleine Minderheit, doch auch sie kehren sich zunehmend von E. Macron ab. Auch die Tatsache, dass alle Oppositionsparteien, allen voran Rassemblement National (Le Pen) und La France insoumise (Mélenchon) derzeit versuchen, die Gelbwesten zu instrumentalisieren, wenn nicht gar zu unterwandern, ist ein eindeutiger Beweis dafür. Neu ist auch, dass keine Gewerkschaft sie unterstützt – wie sollte das auch gehen, es handelt sich ja um keinen Arbeitskampf.

Es sind die Citoyens, nicht die Erwerbstätigen als solche, die den Aufstand proben. Und sie tun es spontan. Es gibt keine Anführer, keine Delegierten oder Repräsentanten. Einerseits ist die Bewegung zu vielfältig, andererseits liegt schon lange das Misstrauen jeder politischen Organisationsform gegenüber zu tief. Das einzig Verbindende sind die sozialen Netzwerke (fast ausschließlich Facebook). Basisdemokratie im digitalen Zeitalter. Freie Meinungsäußerung, ja. Aber Eigenverantwortung? konstruktive Vorschläge? Subsidiarität in Kinderschuhen. Die Spontaneität der Organisationsformen über die sozialen Netzwerke spiegelt krass nicht nur das Fehlen von strukturierten Ausdruckskanälen außerhalb von Paris, das tiefe Mißtrauen gegenüber den (Pariser) Medien wider, sondern auch und vor allem die Schwäche der wenigen bestehenden institutionellen Zwischengewalten.

* * *

Das, was viele Pariser Medien und Beobachter als „digitalen Bauernaufstand“ („jacquerie numérique“) abtun, ist also eigentlich das Aufbegehren nicht nur der „Leistungsträger“ (ein in der französischen Sprache unbekannter Begriff), sondern eines ganzen Volkes, das sich eine neu gestaltete Demokratie wünscht, in deren institutionellen Gefüge die Gesellschaft (auf Französisch: „société civile“) eine tragende Rolle spielt und mitbestimmt.

¹⁷ <https://www.ifop.com/publication/les-gilets-jaunes-revelateur-fluorescent-des-fractures-francaises/>

Die sichtbaren gelben Westen sind nur die Spitze des Eisbergs – zwei Drittel bis über drei Viertel der Franzosen (je nach Umfrage) unterstützen diese Bewegung, Tendenz steigend. Aber sind die „Gilets jaunes“ auch bereit, in der Politik Verantwortung zu übernehmen? Und sind sie dazu überhaupt in der Lage?

Ironie der Geschichte: Emmanuel Macrons Bewegung „En Marche“ nährte sich ebenfalls aus dem tiefen Verlangen nach einer Reform nicht nur der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch und vor allem des politischen Systems. Nun hat „En Marche“ die Institutionen erobert, doch geändert hat sich institutionell nichts. Im Gegenteil: Die Diskrepanz zwischen der Elite und dem Volk ist so krass geworden, dass ein Fünkchen reichte, um aus dem schwelenden Unmut eine ernst zu nehmende Krise des politischen Systems zu machen.

Sie liest sich wie ein Plädoyer für mehr demokratische Teilhabe und neue Institutionen, die Demokratie dezentral ermöglichen. Doch welche? Wie repräsentativ sollen sie sein? Und was sollen etwaige neue Institutionen repräsentieren? Wie funktioniert überhaupt eine tatsächlich repräsentative Demokratie? Die Unkenntnis der Bürger wie der politischen Entscheidungsträger, was andere Demokratien und ihre Institutionen oder Funktionsweise angeht, behindert eine Neugestaltung enorm.

Vielleicht wird es um Weihnachten ruhiger, aber die Verzweiflung eines Großteils des französischen Volkes wird weiter schwelen. Doch im Frühjahr sind Europawahlen, bis dahin drohen unruhige Zeiten.

(2. Dezember 2018)